# **Deutscher Bundestag**

**21. Wahlperiode** 20.10.2025

# Beschlussempfehlung

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 – HG 2026)

- Drucksache 21/600 -

hier: Einzelplan 11

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

Der Bundestag wolle beschließen,

den Entwurf des Einzelplans 11 mit den aus anliegender Zusammenstellung\* ersichtlichen Änderungen und den sich daraus ergebenden Änderungen der Abschlusssummen, im Übrigen unverändert nach der Vorlage – Drucksache 21/600 Anlage – anzunehmen.

Berlin, den 16. Oktober 2025

### Der Haushaltsausschuss

Lisa Paus Dr. Yannick Bury Ulrike Schielke-Ziesing Berichterstatter Berichterstatterin Berichterstatterin

Leon EckertTamara MazziBerichterstatterBerichterstatterin

\_

<sup>\*</sup> Die Beschlüsse des Haushaltsausschusses zu den zurückgestellten Titeln folgen in einer Ergänzung zu dieser Beschlussempfehlung, die in Einzelfällen auch Änderungen zu bereits gefassten Beschlüssen enthalten kann.

#### Zusammenstellung

des Entwurfs des Einzelplans 11

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

- Drucksache 21/600 Anlage -

mit den Beschlüssen des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

Entwurf

Beschlüsse des 8. Ausschusses

Geldansätze bei Einnahmen und Ausgaben sowie bei Verpflichtungsermächtigungen in 1 000 €

## Kapitel 1102 - Rentenversicherung und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Tit. 636 06 Digitale Rentenübersicht

Tit. 636 06 Digitale Rentenübersicht

1. Die Ausgaben sind in Höhe von 600 T€ gesperrt.

Die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

Voraussetzung für die Aufhebung der Sperre ist die Vorlage eines Konzepts zur angekündigten nutzendenzentrierten Weiterentwicklung der Digitalen Rentenübersicht.

#### Kapitel 1104 – Unfallversicherung Bund und Bahn / Künstlersozialkasse

Tit. 636 02 Verwaltungskostenerstattung des Bundes an die Künstlersozialkasse

Tit. 636 02

Verwaltungskostenerstattung des Bundes an die Künstlersozialkasse

1. Die Ausgaben sind in Höhe von 5 000 T€ gesperrt.

Die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

Voraussetzung für die Aufhebung der Sperre ist die Vorlage eines Konzepts zur Modernisierung der IT-Fachanwendung.